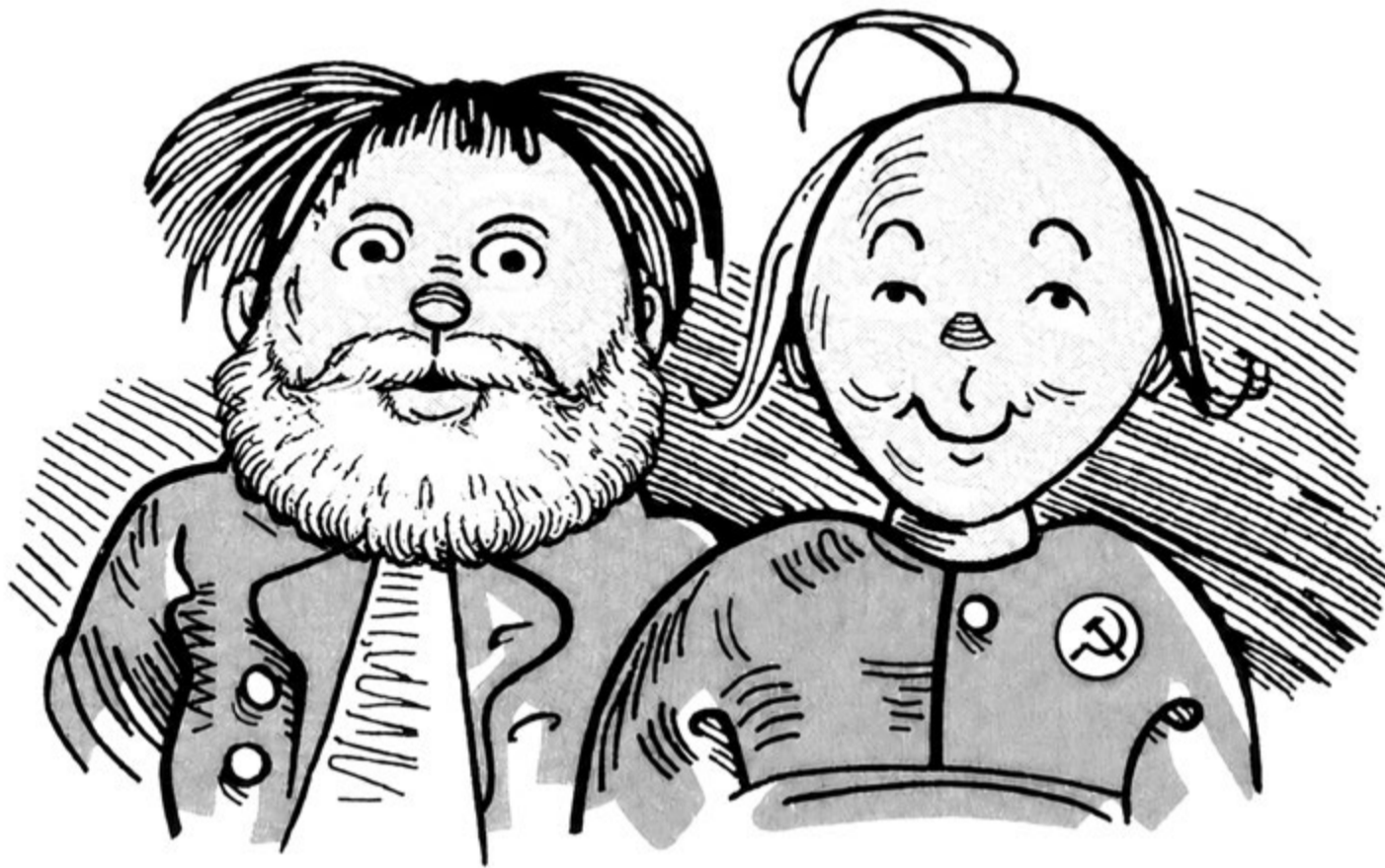


# Geheimdienst warnt vor Marx und Moritz

Brandenburgs Verfassungsschutz fordert von Schulen Mithilfe bei der Bespitzelung der Schulstreikbewegung gegen die Wehrpflicht.

Von Philip Tassev



Dieses war der Schülerstreik, und der Spitzel folgt sogleich

Sie ist unausrottbar in die Mentalität der Mächtigen eingeschrieben: die Vorstellung, dass niemand – außer jene unter Herrschaft des Feindes – so unzufrieden sein könnte, dass er sich an Massenprotesten gegen die Regierung beteiligt, und dass lediglich die Agitation von »Extremisten« die Menschen auf die Straße treibt. Das ist verknüpft mit dem antikommunistischen Klischee, wonach diese »Extremisten« nur so tun, als ob sie nach einer friedlicheren und gerechteren Gesellschaft strebten, dies aber nur eine Verschleierungstaktik ist, die ihre Verschlagenheit beweist.

Diesem Narrativ folgend warnt das brandenburgische Bildungsministerium Schulen vor einer »fortlaufenden Instrumentalisierung der Kampagne »Schulstreik gegen Wehrpflicht« durch Linksextremisten«. So die Betreffzeile eines *jW* vorliegenden Schreibens des Verfassungsschutzes an das Ministerium, welches anschließend von diesem an mehrere Dutzend weiterführende Schulen zwischen Elbe und Oder weitergeleitet wurde. Ein Pressesprecher erklärte gegenüber *jW* dazu, das Ministerium sei »verpflichtet, für die Schulen relevante Hinweise anderer Behörden weiterzugeben«. Schulleitungen müssten »die konkrete Situation vor Ort im Sinne des Schutzes von Kindern und Jugendlichen einschätzen können«. Eine politische Positionierung sei damit nicht verbunden.

Nun ist schon die Zuschreibung »Linksextremismus« sehr wohl eine politische Positionierung. In dem Schreiben wird ausdrücklich vor einer Teilnahme der MLPD, der SDAJ als Jugendorganisation der DKP sowie von Young Struggle als Jugendgruppe der türkisch-kurdischen MLKP gewarnt. Zu erkennen sei solch »dogmatischer Linksextremismus« an Hammer-und-Sichel-Ansteckern oder roten Schlauchschals. Als Beleg für die kommunistische »Unterwanderung« der Bewegung gegen die Wehrpflicht wird ausgerechnet ein Artikel zu deren »Wahrnehmung« durch die CDU-nahe Schüler-Union angeführt.

Schließlich »bittet« der Geheimdienst die Schulleitungen um Mitwirkung bei der Bespitzelung ihrer Schüler gemäß Paragraph 14 Absatz 1 des brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes. Dort wird von Einrichtungen des Bundeslandes verlangt, »von sich aus« den Geheimdienst über »sicherheitsgefährdende« oder staatsfeindliche Tätigkeiten zu unterrichten, wenn ihnen solche bekannt werden. Brandenburgs Verfassungsschutzpräsident Wilfried Peters hatte seine antikommunistische Überzeugung bereits in seinem vorigen Job als Vizepräsident des Verwaltungsgerichts Berlin unter Beweis gestellt. Da hatte er die Klage der *jungen Welt* gegen ihre Nennung im Verfassungsschutzbericht im Juli 2024 unter anderem

mit einer positiven Bezugnahme der Zeitung auf Lenin abgewiesen. Denn dieser habe »die FDGO in energischster Weise bekämpft«.

Den Geheimdienstvorwurf des »Extremismus« wies das Schulstreikbündnis am Mittwoch entschieden zurück. Extrem sei nur eines, »nämlich die Pläne der Bundesregierung«, erklärte ein Bündnissprecher gegenüber *jW*. Er kritisierte, dass – »während durch Wehrpflicht und Militarisierung ein neuer Krieg vorbereitet wird« – sich der Staat »vor allem gegen Organisationen, die gegen diesen Krieg sind«, wende. Ziele des Streikbündnisses seien »eine Verhinderung der neuen Wehrpflicht und ein Ende der Militarisierung«. Man werde mit allen zusammenarbeiten, »die diese Ziele ebenfalls ehrlich vertreten«. Und jene Kräfte, die stets am entschlossensten gegen einen neuen Weltkrieg auftraten, sind eben nicht Liberale oder Sozialdemokraten, sondern Kommunisten.

Das Schulstreikbündnis betonte, sich nicht einschüchtern zu lassen. Das Ziel bleibe weiterhin, »der Kriegsvorbereitung ein Ende zu bereiten«. Dazu werde als nächstes eine Aktionswoche gegen den »Nationalen Veteranentag« geplant, mit dem die Regierung am und um den 15. Juni »die Leistungen« aktiver und ehemaliger Bundeswehr-Soldaten öffentlichkeitswirksam würdigen möchte.

## Bolivians Regierung in der Krise

### Am Wendepunkt

Sie verlassen das sinkende Schiff: In Bolivien sind nach Arbeitsminister Edgar Morales nun auch Verteidigungsminister Marcelo Salinas und Bildungsministerin Beatriz García zurückgetreten. Sechs Monate nach seinem Amtsantritt und 33 Tage nach Beginn des Volksaufstands gegen den von ihm beabsichtigten neoliberalen Umbau des Staates scheint der mit Washingtons Hilfe etablierte rechte Präsident Rodrigo Paz am Ende zu sein.

Allerdings hat US-Außenminister Marco Rubio bereits vor Tagen gedroht, die USA würden es »nicht erlauben«, dass die Paz-Regierung durch einen Angriff »krimineller Kräfte auf die verfassungsmäßige Ordnung« gestürzt wird. Am Mittwoch warnte der Journalist Oliver Vargas auf X, Informanten aus dem Militär hätten bestätigt, dass das US-Außenministerium versuche, die Ausrufung des Kriegsrechts zur Brechung der Streiks gegen den Neoliberalismus zu erzwingen.

Laut *Telesur* traten Salinas und García zurück, weil sie sich geweigert hatten, ein Dekret zum Ausnahmezustand zu unterzeichnen, nachdem ein von der rechten Parlamentsmehrheit verabschiedetes Gesetz den Einsatz der Streitkräfte gegen Demonstranten erlaubt hatte. Laut örtlichen Medien wurde dem als Hardliner geltenden bisherigen Vizeminister für soziale Verteidigung, Ernesto Justiniano, auf Drängen der US-Botschaft das Verteidigungsressort übertragen.

Was in Bolivien und in einem großen Teil des Kontinents geschieht, ist einerseits Teil des geopolitischen Krieges der USA, andererseits wittern die alten Eliten, die Agraroligarchie und die Großgrundbesitzer nach zwei durch die Bewegung zum Sozialismus (Movimiento al Socialismo, MAS) geprägten Jahrzehnten wieder Morgenluft. Als »Pititas« bezeichnete ultrarechte Gruppierungen fordern lautstark, Demonstrationen und Blockaden gewaltsam zu verhindern.

Bolivien steht an einem entscheidenden Wendepunkt. Zwar ist es den heterogenen Kräften aus Minenarbeitern, Bauern und indigenen Bewegungen bisher gelungen, einen totalen neoliberalen Durchmarsch zu verhindern. Doch ob daraus mehr als ein verzweifelter Aufstand wird, ist ungewiss. Wenn Rodrigo Paz stürzen sollte, steht der ultrarechte Trump-Verehrer Jorge Quiroga schon in den Startlöchern. Doch um ihn zu verhindern und den Neoliberalen und Washington Paroli zu bieten, bräuchte es eine geeinte Linke mit akzeptierten Führungspersönlichkeiten.

Volker Hermsdorf

**junge Welt wird herausgegeben von 3.073 Genossinnen und Genossen** (Stand 3.6.2026)

➔ [www.jungewelt.de/lpg](http://www.jungewelt.de/lpg)

### Gegen das Leben → 8

Washingtons Energie- und Handelsblockade gegen Kuba erfüllen den Tatbestand des Völkermordes

### An die Macht → 9

Im Dienste Israels: Fatah-Putschist Mohammed Dahlan soll neuer starker Mann in Gaza werden

### Auf die Straße → 15

Gewerkschaften und Bündnisse mobilisieren gegen Kürzungen im Gesundheitsbereich

